

# Evangelische Verantwortung



## *Leitkultur und Integration*

Rede des Präsidenten des Deutschen Bundestages anlässlich der 44. EAK-Bundestagung in Potsdam

Dr. Norbert Lammert MdB *Seite 3*

Herausforderung Islam – Dialog oder Kampf der Kulturen? Eine europäische Antwort

Dr. Christoph Böhr MdL *Seite 10*

- 11** *EAK begrüßt Förderinitiative zur Stammzellforschung*
- 14** *Evangelisches Leserforum*
- 15** *Herausforderung Patientenverfügung – Rückblick 16. BTG*

# Liebe Leserin, lieber Leser,



„Es ist gegenwärtig wie zukünftig unverzichtbar, dass sich die christlich-demokratische Union bei ihren politischen Entscheidungen immer wieder ihrer christlichen Wurzeln und Traditionen bewusst bleibt.“

nes Selbstverständnisses: Den Kategorien von Verantwortung, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit kommt dabei eine ebenso große Bedeutung zu wie der Realisierung einer klaren inhaltlichen Programmatik und Wertebindung.

In diesem Sinne hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) von Beginn an die Diskussionen zum neuen Grundsatzprogramm begleitet und intensiv mitgeführt. Es ist ein großes Verdienst unserer internen **EAK-Grundsatzprogrammkommission**, zentrale thematische Grundlinien unseres christlich-demokratischen Politikverständnisses in Erinnerung gerufen zu haben. Ich möchte an dieser Stelle darum zuerst dem Vorsitzenden der Kommission, **Dieter Hackler**, seinem Stellvertreter, **Prof. Wolfgang Merbach**, sowie allen beteiligten Mitgliedern aus Bund und Ländern recht herzlich für die hervorragende Arbeit der letzten Zeit danken. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit bildeten eine wesentliche Grundlage für die Änderungsanträge, die der EAK-Bundesvorstand zum Grundsatzprogrammentwurf für den Parteitag eingereicht hat. Eine Zusammenfassung der Änderungsanträge des Bundesvorstands des EAK, sämtlicher Beiträge aus der EAK-Grundsatzprogrammkommission sowie wichtiger

auf dem kommenden 21. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) in Hannover soll das **neue Grundsatzprogramm „Grundsätze für Deutschland“** unserer Partei verabschiedet werden. Die intensive Arbeit und die vielfältigen Diskussionen in den letzten eineinhalb Jahren haben vor allem eines wieder deutlich gemacht: Es ist gegenwärtig wie zukünftig unverzichtbar, dass sich die christlich-demokratische Union bei ihren politischen Entscheidungen immer wieder ihrer christlichen Wurzeln und Traditionen bewusst bleibt. Auch das politische Mandat insgesamt bedarf immer wieder einer Vergewisserung seines

thematischer Aufsätze einzelner Autoren ist ab sofort auf der Internetseite des EAK als **Online-Publikation** ([www.eak-cdcsu.de](http://www.eak-cdcsu.de) unter der Rubrik „Download“ oder über die EAK-Bundesgeschäftsstelle) verfügbar. Auch über die unmittelbaren Beschlussfassungen des 21. Parteitages hinaus bilden diese Hauptbeiträge eine nützliche und erstklassige Zusammenfassung grundsätzlicher Positionen heutigen christlich-demokratischen Selbstverständnisses, die es lohnend erscheinen lassen, in ihrer argumentativen Tiefe erfasst und auch weiterhin – inner- wie außerparteilich – kommuniziert zu werden.

Parteilpolitische Grundsatzprogrammdiskussionen sind kein Selbstzweck, sondern dienen der stetigen Auseinandersetzung und selbstkritischen Vergewisserung über die eigenen Grundlagen, Leitvorstellungen und Ziele. In diesem Sinne hat sich die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm gerade wieder zu einem „demokratischen Sozialismus“ bekannt. Kurt Beck betont ausdrücklich, dass die SPD „keine christliche Partei“ ist und sagt: „Ich würde mich eher bedrückt fühlen, wenn meine Partei den Anspruch erheben würde, eine christliche Partei zu sein.“

Die CDU bekennt sich demgegenüber klar und eindeutig zum christlichen Menschenbild. Nun ist es zweifellos eine Binsenweisheit, dass es natürlich auch in anderen demokratischen Parteien redliche und verantwortliche Christenmenschen gibt. Und das ist auch gut so! Es ist aber in der Tat das Alleinstellungsmerkmal der Unionsparteien, dass wir uns ausdrücklich am christlichen Menschenbild orientieren wollen und dies deshalb in unserem Parteinamen sichtbar machen. Gerade wer um die Unvollkommenheiten und Grenzen unserer menschlichen Handlungsmöglichkeiten auch in der Politik weiß, wird nicht dem Irrtum und der intellektuellen Leichtsinnigkeit erliegen, dies als eine bloß „christlich“ apostrophierte Anmaßung zu betrachten, sondern er wird hierin vielmehr eine motivierende und herausfordernde Selbstverpflichtung erblicken, der wir uns immer wieder stellen müssen.

Gottes Segen!

Ihr

**Thomas Rachel** MdB

Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

## Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Leitkultur und Integration
- 10 Herausforderung Islam – Dialog oder Kampf der Kulturen? Eine europäische Antwort
- 11 EAK begrüßt Förderinitiative zur Stammzellforschung
- 14 Evangelisches Leserforum
- 15 Aus unserer Arbeit: Herausforderung Patientenverfügung – Rückblick 16. BTG in Berlin



# Leitkultur und Integration

| Dr. Norbert Lammert MdB, Präsident des Deutschen Bundestages

**Wenige Begriffe haben in der politischen Diskussion die Gemüter so erhitzt wie der der „Leitkultur“. Inzwischen ist die Debatte darüber besonnener geworden. So heißt es beispielsweise im Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms „Grundsätze für Deutschland“: „Die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern auf der Basis der Leitkultur in Deutschland ist ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Sicherheit.“ Bundestagspräsident Norbert Lammert beschreibt den streitbaren Begriff der „Leitkultur“ in seiner Rede als einen beschleunigenden Katalysator für die notwendige Diskussion um die eigenen kulturellen Grundlagen und Werte, ohne die eine gelingende Integration von Menschen anderer Kulturkreise in unsere Gesellschaft nicht möglich sei.**

**S**ehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Thomas Rachel, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich herzlich für die Einladung, an dieser 44. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der

CDU/CSU teilnehmen zu dürfen, und mit Ihnen über ein Thema nachzudenken, dessen Bedeutung wir über eine Reihe von Jahren hinweg möglicherweise gemeinsam – der eine mehr, der andere weniger – unterschätzt haben, und das uns durch eine Reihe von Erfahrungen, die wir in der Zwischenzeit gemacht haben, auf eine gelegentlich eher heftige Weise eingeholt hat.

Es wird kein Zufall sein, dass das Thema „Werte“, die Suche nach Orientierungen sowie die Beschäftigung mit den kulturellen Grundlagen auch und gerade moderner Gesellschaften in jüngerer Zeit eine auffällig neue Konjunktur haben. Folgt man neueren Untersuchungen und dem beachtlichen Erfolg aktueller Publikationen, dann könnte man fast den Eindruck haben, die Gesellschaft interessiere sich im Augenblick für kaum etwas anderes mehr als für Fragen der Werte, der Orientierungen, der Überzeugungen und der kulturellen Grundlagen, auf denen eine Gesellschaft beruht.

Nun bin ich lange genug im Geschäft, um noch der Illusion zu erliegen, dass eine solche durch Momentaufnahmen

naheliegende Betrachtung eine realistische Beschreibung einer gründlichen Veränderung der Orientierungen in unserer Gesellschaft wäre. Ich glaube das ausdrücklich nicht, aber dass es mehr ist als eine sehr schnell vorübergehende neu entdeckte Interessenlage, davon bin ich nun allerdings auch überzeugt. Und deswegen ist es gut, dass gerade auch der Evangelische Arbeitskreis bei einer so prominenten Gelegenheit sich so ausdrücklich und damit auch so demonstrativ dieses Themas annimmt. Er tut das gewissermaßen auch stellvertretend für die Mutterpartei, deren eigener Umgang mit diesem Thema ja auch nicht von allen Irritationen gänzlich frei war. Jedenfalls hat es einen gewissen illustrativen Wert, dass die Beratungen für die Fortschreibung des Grundsatzprogrammes der Christlich Demokratischen Union mit der ausdrücklichen Weisung begannen, dass der Begriff Leitkultur nicht vorkommen dürfe, während die Schlussredaktion mit der ausdrücklichen Weisung begonnen hat, wir müssten gefälligst diesen Begriff besetzen.

Die Suche nach Werten und die Frage nach ihrer Bedeutung haben, so scheint

es, einen neuen Stellenwert. „Im Trend liegt, wer nach Werten ruft“, schreibt Peter Hahne in seinem Longtime-Bestseller „Schluss mit Lustig“. Übrigens allein der Umstand, dass ein so schmaler Band mit einem ziemlich unkapriziösen Titel einen solch nachhaltigen Erfolg erzielen kann, ist ein relativ starkes Indiz dafür, dass es neben dem Dauerinteresse an Kochbüchern inzwischen auch ein neues Interesse an der Zufuhr geistiger Nahrung gibt, von dem manche vermutet hatten, sie sei in dieser Gesellschaft völlig zum Erliegen gekommen.

Die Bundespräsidenten Roman Herzog, Johannes Rau, Horst Köhler plädieren übereinstimmend für eine Wiederkontinuität der Werte. Und selbst Entertainer wie Thomas Gottschalk beklagen öffentlich, ich zitiere: „Die Werte sind völlig verrutscht.“ – Was immer er damit auch im Kopf haben mag.

**U**nd damit sind wir bei dem allerdings wirklich ernsthaften Befund: Die Debatte über die kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaft ist allemal leichter zu verweigern als zu führen. Dies erklärt fast hinreichend, warum sie jahrelang nicht stattgefunden hat. Die einen, weil sie es nicht hinreichend nötig fanden, die anderen, weil sie es hinreichend lästig fanden, und beide gemeinsam in einer unheiligen Koalition, weil sie beide nicht begriffen hatten, wie zentral dieses Thema für die Zukunft dieser Gesellschaft ist. Übrigens für diejenigen, die hier immer schon gelebt haben, wie für die, die hier neuerdings leben und möglichst dauerhaft bleiben wollen. Gerade wer an Integration und Zuwanderung und vor allen Dingen an den nicht auflösbaren Zusammenhang von beidem interessiert ist, muss ein Interesse an der Klärung und an der Durchsetzung der kulturellen Grundlagen einer Gesellschaft haben, in die hinein Integration stattfindet. Mich hat ohnehin immer die Vorstellung fasziniert, Integration sei ein Prozess, der sich selbst genüge. Als bestünde das Ziel der Integration darin, dass lediglich ein Prozess eröffnet wird, und es auf das Ergebnis dieses Prozesses nicht weiter ankomme. Es gibt übrigens nicht wenige, die die Vorgabe von möglichen Zielmarken, die im Integrationsprozess zu erreichen sind, schon für eine unzumutbare, illiberale Beeinträchtigung des Freiheitsversprechens einer modernen Gesellschaft halten.

Inzwischen ist im Zusammenhang mit diesen Fragen der Zuwanderung, der sich daraus ergebenden Chancen und Risiken,

*Die Debatte über die kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaft ist allemal leichter zu verweigern als zu führen.*

der Voraussetzungen und Folgen von Integrationsprozessen und insbesondere von gescheiterten Integrationsprozessen und der notwendigen Suche nach Verbindlichkeiten, kaum etwas anderes populärer geworden als die immerhin gemeinsame Einsicht in die Notwendigkeit eines breiten und gründlichen Dialoges. Wenn sich über nichts Einigung erzielen lässt, dann zumindest darüber: Der Dialog muss sein! Am besten gleich der „Dialog der Kulturen“, den es übrigens bei genauerem Hinsehen gar nicht geben kann. Haben Sie schon mal zwei Kulturen gesehen, die sich im Dialog zueinander befinden? – Ich noch nicht. Ich habe eindrucksvolle Dialoge zwischen eindrucksvollen Persönlichkeiten erlebt, die unterschiedlichen Kulturkreisen angehören. Und das mag, wenn es denn ernsthaft stattfindet, zur Begegnung von Kulturen und dem Umgang von Kulturen untereinander erheblich beitragen. Mich beschleicht ohnehin immer wieder der Verdacht, dass die Forderung nach „Dialog der Kulturen“ auch deswegen so populär geworden ist, weil sich damit regelmäßig das Missverständnis verbindet, die Forderung nach Dialog ersetze den eigenen Standpunkt.

Nun hat aber jeder Dialog, wenn er wirklich ernst gemeint ist, zwei Mindestvoraussetzungen:

1. Einen eigenen Standpunkt, der Gegenstand des Dialoges ist und
2. die Bereitschaft, einen anderen Standpunkt ernst zu nehmen.

**W**irklich ernst genommen schließen beide Voraussetzungen nun aber zwei verbreitete Vereinfachungen aus: Nämlich zum einen die bloße Zurückweisung von anderen Überzeugungen, die nicht mit den eigenen übereinstimmen, und zum anderen den Versuch, den anderen Standpunkt als für genauso richtig wie den eigenen zu erklären, da ja beide Seiten den letztgültigen Nachweis der eigenen Richtigkeit nicht zu erbringen imstande seien. Auf diese Weise kann sich eine moderne Gesellschaft auf den ersten Blick zwar eine Reihe von lästigen Auseinandersetzungen ersparen, sie bezahlt diese aber letztlich mit der Verweigerung von Integrationsergebnissen sehr teuer. Und darin liegt jenseits aller kulturpolitischen Liebhabereien die eigentliche politische Bedeutung dieses Dialoges und der Art und Weise, in der er stattfindet oder nicht stattfindet.

zu behandeln ist, ein paar Schneisen in die Diskussion schlagen, und will das mit 10 Bemerkungen zu 10 Aspekten tun, die mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig erscheinen.

Meine **erste Bemerkung** betrifft die Frage, ob es in einer modernen, in einer liberalen Gesellschaft überhaupt eine „Leitkultur“ geben kann, ob sie gebraucht wird, oder ob sie umgekehrt, nicht einmal toleriert werden darf wegen des Freiheitsverständnisses einer modernen Gesellschaft, die Leitung im Sinne von verbindlichen Vorgaben nicht erträgt. Darüber, meine Damen und Herren, kann man und muss man streiten. Aber mindestens der Streit darüber muss sein. Insofern ist für mich das Beste an der aktuellen Diskussion, dass sie endlich stattfindet.

**Zweitens:** Der Begriff „Leitkultur“ beinhaltet mindestens zwei ganz unterschiedliche Vorstellungen, vielleicht auch Forderungen, die man unbedingt voneinander unterscheiden muss. Die eine Vorstellung von „Leitkultur“ ist der mögliche Anspruch einer Kultur auf Überlegenheit gegenüber einer anderen oder allen anderen. Wir sind die „Leitkultur“. Der Rest möge sich einreihen. Und die ganz andere Vorstellung von „Leitkultur“ drückt den möglichen Anspruch auf Geltung ihrer Werte und Orientierungen in einer konkreten Gesellschaft aus.

**D**as sind zwei ganz unterschiedliche Sachverhalte, die natürlich miteinander zu tun haben, die man aber eben nicht miteinander verwechseln darf. Was das Verhältnis von Kulturen zueinander anbelangt, der christlichen zur jüdischen, der christlich-jüdischen zur islamischen, der Kultur der Moderne zur Kultur der Mayas, der Inkas zu derjenigen der Azteken und was sich hier alles an bedeutenden Kulturen der Menschheitsgeschichte nennen lässt, was also das Verhältnis der Kulturen zueinander angeht, scheint mir der Dominanzanspruch unserer Kultur gegenüber Anderen geradezu absurd, mindestens – ganz vorsichtig formuliert – unangemessen zu sein. Die großen Kulturen der Menschheitsgeschichte lassen sich mühelos in eine zeitliche Reihenfolge bringen. Sie in eine Rangfolge bringen zu wollen scheint mir monströs und hoffnungslos. Aber von diesem, zwar möglichen, aber aus meiner Sicht nicht vertretbaren, nicht wirklich begründbaren Dominanzanspruch einer Kultur gegenüber einer anderen, muss man die Frage ihres Geltungsanspruches

*Gerade wer an Integration und Zuwanderung interessiert ist, muss ein Interesse an der Klärung und an der Durchsetzung der kulturellen Grundlagen einer Gesellschaft haben, in die hinein Integration stattfindet.*

in konkreten Gesellschaften trennen. Und da wird es praktisch. Da wird es auch sehr politisch. Für eine konkrete Gesellschaft, z.B. die unserige, erscheint mir der Geltungsanspruch einer bestimmten Kultur, also der ihr zugrundeliegenden und von ihr reproduzierten Überzeugungen und Orientierungen, als völlig unverzichtbar. Und da ich nicht nur über Leitkultur, sondern auch über Integration reden soll, füge ich ausdrücklich hinzu, dass wir uns jahrelang nicht getraut haben, zu dieser Einsicht erstens zu kommen und sie zweitens auch politisch umzusetzen. Das ist eine der wichtigsten Erklärungen für die misslungenen Integrationsprozesse in unserer Gesellschaft. Dieser Geltungsanspruch einer bestimmten Kultur in einer bestimmten Gesellschaft ist auch die eigentliche Substanz der Staatsangehörigkeit, deren Erwerb nicht Vorleistung für

Integration sein kann, sondern Ausdruck vollzogener Integration sein muss. Im Übrigen wird sie niemandem zugemutet, der unabhängig vom subjektiven Integrationsfortschritt an dieser Staatsangehörigkeit kein Interesse hat. Insofern ist die Liberalität unserer Gesellschaft vollständig unbestritten. Die Eilfertigkeit, unsere Staatsangehörigkeit den Leuten gewissermaßen ungefragt in Haus zu liefern wie Werbebroschüren, gehört allerdings zu den Übertreibungen, die wir endlich hinter uns bringen müssen.

**Drittens:** Jede Gesellschaft, auch jede moderne Gesellschaft, braucht einen Mindestbestand an gemeinsamen Werten, Überzeugungen und Orientierungen, ohne die sie ihre innere Konsistenz nicht bewahren und die politische

## Spendenstand

Seit dem 2. Dezember 2006 haben insgesamt 360 Spender 17.740,62 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:  
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,  
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)

Nun weiß ich aus eigener Erfahrung, wie schwierig es ist, einen Dialog tatsächlich auf den Weg zu bringen, der den Ansprüchen auf Ernsthaftigkeit genügt, die ich gerade reklamiert habe. Und ich habe insbesondere auch erfahren, dass manchmal die prinzipielle Bereitschaft zum Dialog im Konkreten schon an den Schwierigkeiten der Terminologie scheitert. Tatsächlich gibt es Begriffe, die zur Verdeutlichung des Gemeinten gar nicht oder nur begrenzt geeignet sind, ohne die aber nicht einmal die Debatte zustande käme, die zur Klärung der Auffassungen und Absichten dringend geführt werden muss. Der Begriff „Leitkultur“ gehört in genau diese Kategorie von Begriffen. Er ist ganz offenkundig schwierig, er ist missverständlich, er ist erklärungsbedürftig, er wirkt auf viele provozierend und erschwert insofern die Diskussion, die er doch eigentlich befördern möchte. Dennoch spricht manches für meine Vermutung, ohne die Provokation dieses Begriffes wäre die Debatte bis heute nicht zustande gekommen, die wir nun Gott sei Dank zu mindestens führen.

Ich will, weil das Thema enorm komplex ist und deswegen natürlich selbst mit dem Risiko der vollständigen Erschöpfung aller Beteiligten nicht abschließend

Legitimation ihrer Normen, ihrer Gesetze und ihrer Entscheidungen, nicht aufrecht erhalten kann. Das ist im Übrigen eine zwar auch auf die aktuelle Situation in Deutschland zutreffende, aber keineswegs aus ihr hergeleitete Behauptung. Es ist die knappe Formulierung eines ziemlich unbestreitbaren Befundes der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ich kenne keine stabile Gesellschaft, die ohne ein solches Mindestmaß an Gemeinsamkeiten, an gemeinsamen Orientierungen, an gemeinsamen Wertvorstellungen, das allerdings ganz unterschiedlich dimensioniert sein kann, auf Dauer Bestand gehabt hätte. Es geht hier bei dieser Frage ganz offenkundig nicht um ein theoretisches, sondern um ein sehr praktisches Problem säkularer Gesellschaften, nämlich aus der Errungenschaft der Emanzipation von zugemuteten Verbindlichkeiten nicht vor schnell die Beliebigkeit als einzig zulässiger Gestaltung der Rahmenbedingungen einer freiheitlichen Gesellschaft herleiten zu wollen. Das ist übrigens ein relativ akutes Risiko, das jeder, der an seine eigene Pubertät noch Erinnerungen hat oder anstelle eigener Erinnerungen konkrete Erfahrungen mit solchen Prozessen bei eigenen Kindern macht, handfest vorgeführt bekommt: Es handelt sich um den verständlichen, schmerzhaften aber unvermeidlichen Prozess der Abnabelung, der Befreiung von Vorgaben, der sich gewissermaßen auch durch die Anstrengung dieser Emanzipation sehr leicht zu der Vorstellung verselbstständigt, dass es eigentlich überhaupt keine Verbindlichkeiten geben dürfe. Als Faustregel gilt hier: Mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der Sie das Ihren Söhnen und Töchtern nicht zulassen, sollten Sie die gleiche Einsicht auch als Staatsbürger zur Geltung bringen.

Jürgen Habermas, der, wie die meisten wissen, sich selber ja gerne als einen „religiös unmusikalischen Menschen“ charakterisiert, hat in diesem Zusammenhang von der Gefahr einer entgleisenden Modernisierung der Gesellschaft gesprochen. Das kann man wörtlich nehmen. Es gehört zu den Risiken der modernen Gesellschaft, dass sie sich gewissermaßen selbst aus den Gleisen hebt, in denen sie ihre eigene Zukunft gestalten muss und will, wenn sie aufgrund des Emanzipationsbedürfnisses nichts an Vorgaben akzeptieren will. Eigentlich wissen wir schon seit den einschlägigen Debatten der 1960er Jahre, die jetzt also 40 Jahre zurückliegen, und aus den viel zitierten Aufsätzen von Ernst Wolfgang Böckenförde, dass der moderne demokratische

Verfassungsstaat auf Voraussetzungen beruht, die er selber weder schaffen noch garantieren kann. Was aber umgekehrt bedeutet, dass, wenn diese Voraussetzungen verloren gehen, auch und gerade der demokratische Verfassungsstaat seine innere Legitimation und seine politische Stabilität verliert.

**Vierte Bemerkung:** Ohne ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit erträgt eine Gesellschaft auch keine Vielfalt. Dies ist beinahe ein anthropologischer Befund, den man auch im Familienumfeld verifizieren kann. Es müssen sich nicht alle für Fußball in einer Familie interessieren, es müssen auch nicht alle Talkshows mögen, wie ich beispielsweise, es müssen auch nicht alle immer nach Mallorca wollen oder nie nach Mallorca wollen. Oder alle immer sonntags gemeinsam frühstücken oder auf gar keinen Fall gemeinsam frühstücken. Aber es gibt irgendwo einen Punkt, von dem an das Mindestmaß an Gemeinsamkeit nicht mehr vorhanden ist, und der dann die überwältigende Vielfalt unerträglich macht.

Und das gibt es in Gesellschaften im Ganzen in sehr ähnlicher Weise: Ohne ein Mindestmaß an Gemeinsamkeiten erträgt eine Gesellschaft auch keine Vielfalt. Es gibt einen Bedarf an Verbindlichkeiten, an „Ligaturen“, wie das ein so kluger Mann, wie Ralf Darendorf einmal gesagt hat, der natürlich einen so plumpen Begriff, wie „Verbindlichkeiten“ nie verwenden würde. Der Bedarf an Verbindlichkeiten ist nach meiner Überzeugung und Beobachtung in liberalen Gesellschaften eher größer als in autoritären. Der Konsens über die Bedingungen des Zusammenlebens einer Gesellschaft, der Konsens über das Zustandekommen von Verbindlichkeiten, insbesondere von für alle verbindlichen Entscheidungen, ist die Voraussetzung für die Konfliktfähigkeit einer Gesellschaft, und diese ist wiederum Voraussetzung der Möglichkeit von Freiheit.

Und damit bin ich bei dem eigentlichen Kern, des vorhin angekündigten Missverständnisses. Das Freiheitsversprechen einer modernen Gesellschaft ist überhaupt nur möglich unter der Voraussetzung der Klärung der Bedingungen, unter denen die Konflikte ausgetragen werden müssen und dürfen, die sich auf Grund des Freiheitsversprechens unvermeidlicherweise ergeben. Eine freie Gesellschaft kann nie eine konfliktfreie Gesellschaft sein. Aber sie kann sich die Konflikte nur erlauben, wenn klar ist, nach welchen Regeln sie ausgetragen werden. Deswegen

ist Konsens die Voraussetzung der Konfliktfähigkeit einer Gesellschaft und damit die Voraussetzung für die Einlösung ihres Freiheitsversprechens. Nur autoritäre Regime brauchen keinen Konsens, sie ersetzen durch Kommandos, was an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen in der Gesellschaft entweder nicht vorhanden oder nicht gewünscht ist.

**Fünfte Bemerkung:** Spätestens in diesem Zusammenhang kommt dann immer der Hinweis auf unsere Verfassung. Da stünde doch nun alles drin, deswegen sei jede weitere Debatte müßig, denn was in dieser Gesellschaft verbindlich sei, das hätten die Verfassungsväter und -mütter mit einer bemerkenswerten Präzision alles aufgeschrieben, und in der Zwischenzeit hätte sich der verfassungsändernde Gesetzgeber auch noch mit großem Fleiß an der ständigen Modernisierung und Perfektionierung dieses Textes beteiligt, was – wie ich ironischer Weise noch hinzufügen möchte – in der Tat leider zutrifft.

Deswegen müsse man doch über Verbindlichkeiten in dieser Verfassung nicht mehr weiter nachdenken, denn hier sei alles hinreichend und ein für alle mal kodifiziert. Dieser Hinweis, meine Damen und Herren, ist ebenso richtig wie irreführend. Richtig ist, dass unsere Verfassung dasjenige rechtsverbindlich regelt, was in dieser Gesellschaft gilt, also welche Rechtsansprüche, wer gegen wen auf welchem Wege geltend machen kann und welche Verpflichtungen auch möglicherweise für die in dieser Gesellschaft lebenden Menschen gelten und eingefordert werden können. Aber hinter diesem Verweis auf die Verfassung steht ein grandioses Missverständnis. Es ist das Missverständnis über das Verhältnis von Verfassung und Kultur. Verfassungen sind nie der Ersatz, sondern immer der Ausdruck der Kultur eines Landes. Verfassungen setzen in Rechtsansprüche um, was in einer Gesellschaft an Überzeugungen vorhanden ist. Und realistischer Weise können sie auch nichts anderes formulieren und regulieren, als diese in der Gesellschaft gewachsenen, entstandenen, begründeten, tradierten Orientierungen und Überzeugungen. Verfassungen geben Auskunft über die Erfahrungen, die ein Land mit sich selbst gemacht hat, über die Einsichten, die gewonnenen Überzeugungen, die über Generationen entstanden und weitervermittelt worden sind, über die Orientierungen, die Geltung beanspruchen. Ohne diese kulturellen Wurzeln kommen Verfassungen nicht zustande und ohne diese kulturellen Wurzeln erodiert jede Verfassung. Nicht Politik hält eine Gesellschaft zusammen, sondern Kultur.



Es sind weniger die juristisch-verbindlichen Texte, sondern die diffus geschriebenen und ungeschriebenen Normen und Orientierungen, die eine Gesellschaft im Inneren zusammenhalten. Übrigens ist dies auch eine hinreichende Erklärung dafür, warum alle noch so gut gemeinten, immer wieder unternommenen Versuche am Ende gescheitert sind, scheinbar perfekte Verfassungen in Länder zu importieren, die am Anfang eines selbst ausgerufenen Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesses reife Verfassungen als Grundlage der künftigen eigenen Arbeit benutzen wollen. Sie haben nie die gleichen Erfahrungen, die das Land gemacht hat, auf dessen Verfassung sie sich beziehen. Es sind nie die genau gleichen Überzeugungen, Erfahrungen und Orientierungen, die über Generationen entstanden und vermittelt worden sind, und deswegen hat es schon seinen guten Grund und ist keineswegs eine auszumerkende Panne der Menschheitsgeschichte, dass sich verschiedene Gesellschaften unterschiedliche Verfassungen geben.

**I**ch will in diesem Zusammenhang eine sechste Bemerkung machen zum schwierigen Verhältnis der Deutschen zum eigenen Land, das ja nun erkennbar von einer größeren Zurückhaltung gekennzeichnet ist, als das für unsere Nachbarn und beinahe alle anderen Länder auf der Welt zu beobachten ist. Der vor ein paar Tagen verstorbene linksliberale amerikanische Soziologe und Philosoph, Richard Rorty, hat einmal in diesem Zusammenhang geschrieben:

*In einer Gesellschaft, in der alles gleichgültig ist, ist nichts mehr wirklich gültig.*

Nationalstolz ist für ein Land dasselbe wie Selbstachtung für den Einzelnen. Er hat einen Halbsatz hinzugefügt, der diese scheinbar zugespitzte Behauptung erläutert: Es sei eine notwendige Bedingung für Selbstvervollkommnung. Da ist sicher was dran. Wer sich selbst nichts zutraut, weil er mit sich selbst, seiner Geschichte, seinen Errungenschaften und seinen Niederlagen nicht zu Rande kommt, der wird sich auch nicht zutrauen, besser zu werden, mehr zu tun oder sich weiterzuentwickeln. Und auch hier gilt für das Verhältnis zu und in Ländern ähnliches, wie, ich hätte fast gesagt, „im wirklichen Leben“. Für Italiener und Spanier, für Franzosen und Briten, für Polen und Ungarn, ist die Identifikation mit dem eigenen Land der ganz selbstverständliche und einzig mögliche Zugang zu Europa. Ihre Vorstellungen prägen ihr Verständnis der Europäischen Gemeinschaft, was man wiederum ganz handfest bis in diese Tage der abschließenden Bemühungen um einen möglichen Erfolg des Gipfels authentisch beobachten kann. Keines dieser Länder denkt im Traum daran, dieses Verhältnis zum eigenen Land in Europa aufgehen zu lassen. Man ist bereit, es einzubringen, nicht jedoch, es aufgehen zu lassen.

Genau das übrigens erwarten die meisten unserer Nachbarn auch von uns. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Erfahrung von erheblicher Bedeutung, die wir im vergangenen Jahr bei der Fußballweltmeisterschaft gemacht haben, wo Deutschland mit einem völlig unerwarteten, außergewöhnlich demonstrativen,

fröhlichen weltoffenen Patriotismus die Welt überrascht hat – und die meisten Deutschen sich selbst dabei wohl am meisten.

Ich bin ganz sicher, dass die allermeisten noch beim Eröffnungsspiel die Vorstellung weit von sich gewiesen hätten, sie würden spätestens ab der zweiten Woche mit einer Nationalflagge am Auto durch die Republik fahren. Und die Behauptung, sie würden sich sogar schon bald nach irgendwie noch zu bewältigenden Flaggenformaten erkundigen, die sie notfalls auch vom eigenen Wohnzimmer auf die Straße hängen könnten, hätten sie als üble Verleumdung zurück gewiesen.

Der Kulturchef des Spiegel, Matthias Matussek, hat in diesen Tagen gerade ein neues Buch veröffentlicht: „Wir Deutschen“, in dem sich u. a. der Satz findet: „Über Jahrzehnte hinweg sind die Deutschen Analphabeten des nationalen Gefühls gewesen.“ Das ist frech formuliert, aber gut beobachtet. Dass er selber zu den Apologeten dieses Analphabetismus gehört hat, trage ich jetzt, wenn überhaupt, nur mit der biblischen Genugtuung vor, dass im Himmel über jeden einzelnen reuigen Sünder, der sich bekehrt, mehr Freude sein wird als über neunundneunzig Gerechte. Sie kennen die Geschichte (vgl. Lk. 15,7). Aber worum es hier in der Sache geht, ist, dass offenkundig und natürlich auch in Deutschland ein vitales Bedürfnis der Identifikation mit dem eigenen Land besteht. Deshalb bin ich ganz sicher, dass dieser Vorgang kein bloßes 5-Wochen-Partyphänomen war, auch wenn manche Flaggen mittlerweile wieder eingerollt sind.

**Siebente Bemerkung:** Wenn wir über die Notwendigkeit von Verbindlichkeiten reden, die zentrale Bedeutung von gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen, ohne die auch und gerade moderne Gesellschaften ihren Zusammenhalt nicht wahren können, dann stellt sich nicht nur für den Sozialwissenschaftler, sondern auch und gerade für den Politiker die Frage, wer denn eigentlich solche Werte stiften und in einer Gesellschaft vermitteln kann. Die wichtigsten, jedenfalls historisch wirksamsten Faktoren und Agenturen der Bildung und Vermittlung von Werten sind zweifellos die Religionen. Die Frage, ob sie für diese Funktion der Bildung und Vermittlung von Werten und von Orientierungen einer Gesellschaft einen Exklusivanspruch erheben dürfen, ob sie ihn überhaupt erheben wollen und ob sie einen solchen Exklusivanspruch ggf. auch durchsetzen können, unterscheidet sie im historischen wie im aktuellen Vergleich ganz wesentlich voneinander.



**W**ir haben Anlass, uns mit zwei weltweit zu beobachteten Übertreibungen im Hinblick auf den Umgang mit Religionen auseinander zu setzen, die ich beide nicht für Errungenschaften, sondern für Verirrungen halte. Die erste Übertreibung ist die Anmaßung, religiöse Glaubensüberzeugungen mit fundamentalistischem Eifer zugleich zu unmittelbar geltendem staatlichem Recht zu erklären und sie gewissermaßen mit der staatlichen Monopolvergewalt im wörtlichen und übertragenden Sinne zu exekutieren. Diese Übertreibung – um die Größenordnung der Herausforderung unmissverständlich zu markieren – ist durchaus ein globaler Trend, mit dem wir gegenwärtig zu tun haben und keineswegs eine Regionalposse. Dieser Übertreibung steht eine andere gegenüber, nämlich die Leichtfertigkeit, religiöse Überzeugungen für irrelevant, bedeutungslos, belanglos oder für reine Privatsache zu erklären. Meine Damen und Herren, der zweite Irrtum ist nicht weniger gefährlich als der erste. Er ist in unserem Kulturkreis allerdings wesentlich weiter verbreitet. Und nicht wenige deutsche Intellektuelle haben sich im richtigen Bemühen, dem ersten Irrtum entgegen zu treten, an der Beförderung des zweiten kräftig beteiligt.

*Der mit Abstand wichtigste einzelne Integrationsfaktor ist Kultur, nicht Ökonomie und eben auch nicht Politik, schon gar nicht, wenn sie gewisse Zusammenhänge nicht begreift.*

Veränderungen gar nicht zur Kenntnis nehmen, vielleicht in der heimlichen Hoffnung, das erspare nun endgültig die Auseinandersetzung, denn eine Veränderung, die man nicht zur Kenntnis nimmt, habe auch nicht stattgefunden. Sie hat natürlich längst stattgefunden. Multikulturalität ist eine zutreffende Beschreibung des Erscheinungsbildes, nicht aber ein Konzept zur Selbstvergewisserung und Selbststabilisierung einer modernen Gesellschaft. Kurt Biedenkopf hat schon vor einigen Jahren in einem Interview in diesem Kontext gesagt, ich zitiere ihn: „Will eine Gesellschaft multikulturell sein und zugleich ihre eigene Identität nicht verlieren, braucht sie einen gemeinsamen roten Faden, eben eine Leitkultur“. Soweit dieser Mindestbestand an gemeinsamen Orientierungen und Überzeugungen kanonierungsbedürftig und überhaupt kanonisierbar ist, muss er nach meiner Überzeugung als ein kontinuierlicher Prozess organisiert werden, unter allen Bürgerinnen und Bürgern einer Gesellschaft, den Einheimischen wie den Zuwanderern. Diesen Dialog müssen wir endlich ernsthaft führen.

Wir müssen ihn auch mit den muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ernsthaft führen. Und ich darf hier einmal eine real-existierende Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag zitieren: „Dabei sollte es keineswegs ergebnisoffen zugehen.“ Vor zwei Jahren hätte Renate Künast mit dieser Bemerkung einen Parteitag ihrer eigenen Organisation

politisch kaum überlebt. Auch hier kommt es mir sehr auf die Unterscheidung zwischen dem empirischen Befund und den Orientierungen einer Gesellschaft an. Dass in dieser Gesellschaft Menschen mit unterschiedlichen Herkunft und unterschiedlichen, kulturell begründeten Überzeugungen nebeneinander leben, ist offenkundig. Das ersetzt aber nicht die Klärung dessen, was in dieser Gesellschaft verbindlich ist.

In einer Gesellschaft, in der alles gleichgültig ist, ist nichts mehr wirklich gültig. Deswegen müssen wir uns – vorletzte **neunte Bemerkung** – auch nüchterner und deswegen eben ernster mit dem auseinandersetzen, worum es in der Sache geht, wenn wir über Integration in modernen Gesellschaften reden. Ich komme aus einer Region, dem Ruhrgebiet, die überhaupt erst durch Zuwanderung entstanden ist. Mich muss niemand darüber aufklären und schon gar nicht davon überzeugen, dass Zuwanderung eine riesige Chance für Gesellschaften sein kann. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war das Ruhrgebiet eine typisch agrarisch strukturierte, langweilige belanglose und bedeutungslose Region in Deutschland – ich selbst darf das so vortragen. Wenn es ein anderer jetzt so vorgetragen hätte, wäre es natürlich ein bisschen unfreundlich.

Die allermeisten werden gar nicht für möglich halten, was aber die reine Wahrheit ist, das in einem Zeitraum von knapp 80 Jahren vier Millionen Menschen in diese verträumte belanglose Region eingewandert sind. Natürlich wäre die Industrieregion Ruhr nie entstanden ohne die Massenzuwanderung, übrigens



zunächst aus Belgien, aus Schottland, später dann sehr viel stärker aus deutschen Ostgebieten, aus Polen und aus den Mittel- und Osteuropäischen Ländern. Daraus hat diese Region überhaupt erst die Kraft und die ökonomische Stärke gewonnen, die sie jahrzehntelang scheinbar unwiderstehlich gemacht hat. Aber man kann an der gleichen Region auch die Bedingungen und Voraussetzungen für die erwünschten Effekte von Zuwanderung studieren bzw. die Bedingungen für Integration. Es hat dann nach dem Zweiten Weltkrieg, ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre nach den zwei großen gelungenen Migrationswellen und den damit verbundene Integrationsprozessen eine dritte Zuwanderungswelle gegeben, deren Erfolg – freundlich formuliert – hinter dem der ersten beiden erkennbar zurück geblieben ist. Ökonomische Erklärungen kann ich für diese unterschiedlichen Wirkungen nicht finden. In beiden Fällen hat die Zuwanderung auf Grund einer gezielten Anwerbung von Menschen aus anderen Regionen für vorhandene Arbeitsplätze stattgefunden, die in der Region selbst nicht zu besetzen waren. Es gibt aber eine Erklärung dafür, warum die eine Integration gelungen ist und die andere nicht: Kultur.

Der mit Abstand wichtigste einzelne Integrationsfaktor ist Kultur, nicht Ökonomie und eben auch nicht Politik, schon gar nicht, wenn sie gewisse Zusammenhänge nicht begreift. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Zuwanderung eine riesige Bereicherung für eine Gesellschaft sein kann, aber gleichzeitig auch eine riesige Herausforderung ist. Zuwanderung schafft immer beides – Chancen und Probleme. Die Probleme sind, ich wiederhole das, im Kern weit stärker kultureller als ökonomischer oder politischer Natur, insbesondere wenn wir hier jetzt wieder auf den Zusammenhang von Zuwanderung und Integration und Kultur und Rechtsordnung und Verfassung zu sprechen kommen. Weder bei Zwangsverheiratungen noch bei den entsetzlichen sog. „Ehrenmorden“ besteht das Problem ja darin, dass irgendjemand Zweifel an der deutschen Rechtsordnung hat. Die hat gewiss niemand, übrigens auch die Täter nicht. Das Problem besteht darin, dass zwischen der unbestritten geltenden deutschen Rechtsordnung und der ihr zugrunde liegenden kulturellen Orientierung und anderen kulturellen Orientierungen, die im gleichen Zusammenhang zu anderen Verhaltensmustern führen, jedenfalls – ich sag es auch vorsichtig – keine stabile Brücke besteht. Ganz praktisch formuliert: Vor den Berliner Gerichten finden diese Verhandlungen leider mit einer erschreckenden Regelmäßigkeit statt. Wenn wir also ernsthaft über Integration

reden, dann müssen wir nicht über Erleichterung von Passvergaben streiten, sondern über die kulturellen Mindestvoraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaft.

**Letzte Bemerkung:** Es wird ja immer wieder in dem Zusammenhang mit der Diskussion über Integration und Leitkultur die Frage gestellt: „Aber was ist das denn ganz konkret, was gehört denn dazu?“ Und dann gibt es eine Reihe von Begriffen, die den meisten auch sofort einfallen, und die alle ganz gewiss dazu gehören, weil sie bei genauem Hinsehen auch tatsächlich historische Produkte dieser westlichen Zivilisation, dieser europäisch-abendländischen Kultur sind. Es ist dies beispielsweise die Entdeckung der Unantastbarkeit der Menschenwürde, die in Form von Menschenrechten, verfassungsrechtlich formuliert, nichts anderes sind als der säkulare Ausdruck der christlichen Überzeugung von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen.

**A**uf der anderen Seite ist es die Vorstellung von einer bestimmten Rolle des Menschen in der Gesellschaft und die Zuordnung auch von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, von Freiheitsansprüchen und Verantwortung, die sich daraus individuell ergibt. Es sind die Vorstellungen von Rechtsstaat, sozialer Gerechtigkeit und von Toleranz, als typische Bestandteile einer in der europäisch-abendländischen Kultur gewachsenen Leitkultur. Für mich ganz persönlich ist der harte Kern unserer Kultur der westlichen Zivilisation die historisch und weltweit einzigartige Verbindung von Glaube und Vernunft. Dies hat es, wenn ich das richtig beurteile, in dieser besonderen Verbindung, dieser wechselseitigen Begründung wie Relativierung, weder vorher jemals gegeben, noch gibt es solches anderswo in ähnlicher Weise. Dieser wechselseitige Bezug mit den sich daraus ebenso wechselseitig ergebenden Begründungen und Rechtfertigungslasten ist nie prägnanter formuliert worden als in dem denkwürdigen Dialog zwischen Jürgen Habermas und dem damaligen Kardinal Ratzinger, der vor drei Jahren in der Katholischen Akademie in München unter dem Titel „Dialektik der Säkularisierung“ stattgefunden hat. Es hat im Übrigen die Habermas-Fanclubs wie die Ratzinger-Fanclubs bis heute nachhaltig irritiert, wie diese beiden, von ganz unterschiedlichen Grundpositionen herkommenden, aber unbestrittenen Geistesgrößen jeweils von der Kultur des Glaubens und der Kultur der Vernunft als den „beiden Kulturen des Westens“ sprechen. Hier geht um nichts

anderes als die Unverzichtbarkeit der Relativierung des einen durch das andere. Ich persönlich, aber das ist eigentlich nur ein anderer Akzent, würde es vorziehen, von der Verbindung von Glaube und Vernunft als dem Kern der westlichen Zivilisation zu sprechen, weil es ja eigentlich nicht zwei Kulturen nebeneinander sind.

Zu genau diesem Kern der Zivilisation, der sich aus der Verbindung von Glaube und Vernunft ergibt, gesellt sich als ein typisches Merkmal – und nach meinem Verständnis auch – als ein Gütesiegel unserer Kultur der Zweifel. Seit der Aufklärung steht hinter jedem Anspruch auf absolute Wahrheit, von wem auch immer er erhoben wird, nicht mehr der Punkt sondern das Fragezeichen. Jede Behauptung, einen Sachverhalt begriffen zu haben, um ihn mit dieser Begründung ein für alle mal aus Diskussionen auszuschließen, muss sich seither mit diesem Zweifel auseinandersetzen. Auch und gerade deshalb dürfen wir mit fundamentalistischem Eifer erhobene Wahrheitsansprüche nicht tolerieren, weil sie der Anfang vom Ende der Toleranz einer freiheitlichen Gesellschaft sind. Diese einzigartige Verbindung von Vernunft und

Glaube, von Einsichten und Orientierungen, von Erkenntnissen und Überzeugungen, als korrespondierende Prinzipien individuellen und staatlichen Handelns,

machen für mich den eigentlichen unaufgebaren, aber keineswegs ein für alle mal gesicherten Fortschritt unserer Zivilisation aus. Unter welchen Oberbegriff man das fassen will, ist mir fast egal. Mich beruhigt außerordentlich, dass, soweit ich diese Debatte in den letzten Monaten nicht nur geführt habe, sondern verfolge, seitdem sie stattfindet, der Konsens in der Sache erstaunlicherweise immer größer wird. Nur auf den Begriff können wir uns ums Verrecken nicht einigen, schließlich sind wir ja Deutsche. Aber damit, meine Damen und Herren, kann ich allemal besser leben, als mit dem umgekehrten Befund der schnellen Einigung auf einen Begriff unter sorgfältiger Ausklammerung seiner Bedeutung.

| Die Rede hielt Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert auf der 44. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) am 15. Juni 2007 in Potsdam.



Dr. Norbert Lammert ist seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages.



# *Herausforderung Islam – Dialog oder Kampf der Kulturen?*

Eine **europäische** Antwort

| *Dr. Christoph Böhr MdL*

*Spätestens seit dem Erscheinen des Buches des amerikanischen Politikwissenschaftlers Samuel P. Huntington „Kampf der Kulturen“ ist dieser Begriff zu einem geflügelten Wort für das Aufeinandertreffen des christlich-europäischen und islamisch-arabischen Kulturkreises geworden. In seinem Beitrag beschreibt Christoph Böhr die Auseinandersetzung mit dem Islam in Deutschland als eine Herausforderung für die hier lebenden Menschen und benennt Voraussetzungen, wie trotz weitreichender kultureller Unterschiede z.B. hinsichtlich des Menschen- und Gesellschaftsbildes die langfristige Integration von Muslimen in unserem Land möglich werden kann.*

10 Herausforderung Islam

**W**ir Europäer tun uns schwer, den Islam zu verstehen. Dabei sind es nicht nur die fremde Sprache des Korans und die ungewohnte Vielgestaltigkeit des Islam, die unser Verständnis so nachhaltig behindern. Wir selbst versperren uns oft genug den Zugang: Unsere manchmal ausgeprägte Neigung zur Beliebigkeit, die in der eigenen kulturellen und religiösen Verunsicherung gründet, weiß immer weniger anzufangen mit einer Glaubensüberzeugung, die so selbstgewiss und selbstsicher auftritt wie in der Gestalt vieler Muslime. Nicht zuletzt behindert unsere Abneigung gegenüber einer Beschäftigung mit Fragen, von denen wir uns im Denken

herausgefordert fühlen müssen, den Zugang zum Verständnis einer Welt, die uns, alles in allem, fern und fremd ist.

Um zwei Fragestellungen soll es im Folgenden gehen: Wenn vom Islam als Herausforderung die Rede ist, dann ist zunächst zu fragen, um welche Herausforderung es sich handelt. Und zweitens soll der Frage nachgegangen werden, wie wir mit dieser Herausforderung umgehen – besser gesagt: umgehen können und umgehen sollen.

## **1. Der Islam als Herausforderung**

Wenn wir über den Islam reden, neigen wir dazu, ihn – wie das Christentum –

Evangelische Verantwortung 11+12 | 07

als eine Religion zu betrachten. Das ist, so behaupte ich, weder ganz falsch noch ganz richtig, weil der Islam mehr ist: eine Kultur nämlich, in der ein religiöses Bekenntnis, die Vorstellung einer Rechtsordnung, ein Gesellschaftsbild und ein damit einhergehendes Verständnis staatlicher Autorität aufs engste miteinander verflochten sind. Schon diese Verflechtung wirkt auf das westliche Denken heute in einer tief befremdlichen Weise. Was soll man davon halten, wenn Imame einer Schauspielerin Verrat an ihrem Glauben vorwerfen, weil diese sich für eine Filmrolle die Haare hat abschneiden lassen müssen? Oder wenn der britischen Regierung aus beruflichem Munde mit Anschlägen gedroht wird, weil sie den Schriftsteller Salman Rushdie in den Adelsstand erhoben hat? Oder wenn in Saudi-Arabien die religiösen Autoritäten keine Ruhe lassen, bis in den Touristenshops der Verkauf von Sparschweinen verboten wird, weil dieses Tier die Gefühle gläubiger Muslime verletzt?

**D**er Islam, so ist meine These, wird nur verstanden, wenn man ihn als eine Kultur erkennt, in der es vorrangig um Orthopraxie und kaum um Orthodoxie geht. Das ist der Grund, warum sich im Islam so viel um die Regelung von Machtansprüchen, die meist mehr oder weniger religiös begründet werden, dreht. Dabei befindet sich die Religion in einer Doppelrolle: Sie ist einmal die Quelle vorangehender Legitimation von alltäglichen Geboten und Verhaltensweisen, wie sie umgekehrt für die nachträgliche Rechtfertigung von kulturellen und sozialen Traditionen herangezogen wird. In beiderlei Hinsicht stellt der Islam, gewollt oder ungewollt, die Lebensgrundlage des säkularen Staates in Frage, weil er Religion in einer allumfassenden Weise mit politischen, sozialen und juristischen Fragen verknüpft, bis das eine vom anderen gar nicht mehr zu trennen ist. Das Glaubensbekenntnis wird dienstbar gemacht für die Gestaltung des Lebensalltags.

Damit nicht genug. Der Kern der Schwierigkeit liegt noch tiefer: Im Mittelpunkt der Kultur des Islam steht ein Menschenbild, das ganz und gar anders angelegt ist als unser europäisches Menschenbild. Um es ohne Umschweife zu sagen: Dieses Menschenbild ist mit dem europäischen Menschenbild unvereinbar.

Zu den kulturellen Errungenschaften Europas gehört ein Menschenbild, nach dem sich der Mensch als Person versteht: Jeder Mensch, unabhängig von seinem Herkommen, seinem Stand, seinen Überzeugungen und seinem Glauben, hat die gleiche Würde, ist selbstbestimmt und

selbstverantwortet. Die Frage nach dem Menschenbild ist deshalb so entscheidend, weil es ohne ein Menschenbild keine verlässliche Deutung dessen gibt, was uns im Leben wertvoll ist. So hat sich im europäischen Denken ein ganz eigener Begriff von Humanität entwickelt, der Lebenswerte, wie sie auch in anderen Kulturkreisen durchaus gang und gäbe sind, über ein Menschenbild deutet, das gerade auch den religiös inspirierten Menschen in die Autonomie eigener Gewissensverantwortung stellt. Dem widerspricht ein Menschenbild, das auf einen Begriff von Würde gründet, die sich im Fadenkreuz von Theonomie und Orthopraxie bestimmt, und zwar entsprechend dem Maß, in dem der Mensch beidem Folge leistet. Es ist eine an die Bedingung der gehorsamen Gefolgsbereitschaft gegenüber Gott – in der Orthopraxie erweist der Mensch seine Bereitschaft zur Anerkennung der Theonomie – geknüpfte Würde, die eben deshalb nicht unbedingt, sondern unter Voraussetzungen gilt – eine Vorstellung, die sehr lange auch das Christentum begleitet hat.

Ein Bekenntnis zu Grund- und Verfassungswerten lässt sich erst seinem Inhalt nach bestimmen, wenn klar ist, auf welches Menschenbild sich ein Wertbekenntnis bezieht: Das gilt für den Begriff der Würde so wie für andere, davon abgeleitete Werte. Kein Muslim wird bestreiten, dass Freiheit oder Gerechtigkeit unverzichtbare Lebenswerte sind. Was sich aber

mit solchen Begriffen verbindet, wird erst erkenntlich, wenn sie gedeutet werden im Zusammenhang mit einem Menschenbild, wie es beispielsweise auch jeder Verfassung zugrunde liegt.

So kommt es, dass in vielen Gesprächen Muslime, Christen und Agnostiker sich auf gleichlautende Wertvorstellungen beziehen. In der Sache sagt eine solche Übereinstimmung gar nichts, solange nicht in der Bezugnahme auf ein Menschenbild solche Wertbekenntnisse dem Inhalt nach bestimmt werden. Und eben hier liegt die unüberwindbar erscheinende Schwierigkeit: Die Bedeutung, die im Islam die Orthopraxie hat, widerspricht der europäischen Vorstellung von der Freiheit des Menschen eben nicht nur in seiner Rolle als Bürger eines säkularen Staates, sondern auch in seiner Beziehung als Glaubender zu religiösen Autoritäten.

## 2. Unsere Antwort auf die Herausforderung

Können wir, so lautet die Frage, mit einer Kultur umzugehen lernen, die so ganz anders ist als unsere eigene? Eines scheint sicher: Mit netten Unverbindlichkeiten am Runden Tisch ist es nicht getan. Im Gegenteil: Gefordert ist von uns zualtererst, klar und in der Sache entschieden unsere Meinung zu sagen. Es hilft nicht weiter, so zu tun, als wenn es nur unseres guten Willens bedürfte, damit einem friedlichen Zusammenleben nichts im Wege steht. Wer will, dass ein Gespräch

*Vielleicht sind ausdauernde Geduld, ein langer Atem und ein klares Bekenntnis zur Menschenwürde die wichtigsten Voraussetzungen für ein am Ende fruchtbringendes Gespräch, das allein die Aussicht auf ein friedliches Zusammenleben begründen kann.*

## Pressemitteilung vom 11.09.2007

### EAK begrüßt Förderinitiative zur Stammzellforschung

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär, Thomas Rachel MdB, erklärt zur Bekanntgabe der neuen Initiative zur „Förderung von Forschungsprojekten zur Gewinnung pluri- bzw. multipotenter Stammzellen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung:

„Das von Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan angekündigte Förderprogramm ist ein gutes Zeichen für eine zukunfts zugewandte und ethisch fundierte Forschungspolitik. Es soll dazu beitragen, unproblematische Wege zur Gewinnung pluri- bzw. multipotenter Stammzellen zu entwickeln.“

Die Bundesregierung gibt damit ein klares Signal, unsere Verantwortung für das Heilen mit dem konsequenten Schutz menschlichen Lebens und der Menschenwürde zu verbinden.“



tatsächlich stattfindet, wird nicht umhin können, sich zuvor klar darüber zu werden, welchen Standpunkt er in diesem Gespräch selbst zu vertreten gedenkt.

Auf welche Fragen soll sich das Gespräch zwischen Christen und Muslimen beziehen? Meine Antwort wird manchen überraschen: Im Mittelpunkt dieses Gespräches dürfen nicht religiöse Fragen stehen. Vielmehr ist das hier eingeforderte Gespräch im Blick auf die gemeinsame Schnittstelle von Religion und Politik zu führen, mithin über Gesichtspunkte, die einfließen in die Beschreibung eines Menschenbildes, wie es der moralischen und politischen Verfassung eines Gemeinwesens zugrunde liegt.

**B**evor darauf die Rede kommt, will ich wenigstens kurz erläutern, warum ich zu der für manchen überraschenden Aussage komme, dass im Mittelpunkt des Gespräches nicht religiöse Fragen stehen sollen. Ich meine, es kann nicht unsere Aufgabe sein, ande-

ren Menschen ins Handwerk zu pfuschen, wo es um die existentiellste aller existentiellen Fragen des menschlichen Lebens geht: der Frage nach dem Bekenntnis, also nach dem, was den Glauben eines Menschen an Gott ausmacht. Deshalb wende ich mich so entschieden gegen die scheinbar wohlmeinende Aufforderung, Muslime müssten, wenn sie in der europäischen Kultur ankommen wollten, eine Säkularisierung durchlaufen – was ja soviel heißen will, dass aus gläubigen Muslimen

*Der Islam wird nur verstanden, wenn man ihn als eine Kultur erkennt, in der es vorrangig um Orthopraxis und kaum um Orthodoxie geht.*

am Ende zweifelnde Agnostiker werden. Das kann doch nicht im Ernst die Erwartung einer Kultur sein, die so sehr vom Glauben geprägt ist wie die europäische. Gelegentlich kann man sich nur wundern, eine solche Aufforderung, wenn auch höflich umschrieben, aus dem Mund von Menschen zu hören, die sich selbst als Gläubige verstehen.

Aber kann es wirklich sein, dass wir als den Kern unserer europäischen Kultur ein Verständnis von Religion beschreiben, das uns umso handbarer und tauglicher erscheint, je blasser es ist, bis Religion schließlich hinsichtlich ihrer Wirkmächtigkeit am Ende in der Bedeutungslosigkeit versinkt? Ich wehre mich dagegen, dass wir von gläubigen Muslimen erwarten, dass sie sich säkularisieren, zu deutsch: ihren Glauben verlieren. Wer so redet, macht deutlich, dass er von unserer eigenen deutschen Verfassung wenig verstanden hat. Denn unsere Verfassung betrachtet Religion keinesfalls als eine lästige Beschwer-

nis oder gar als gefährliche Bedrohung, sondern verankert, ganz im Gegenteil, ihr Menschenbild gerade in einem Anruf des Absoluten: In Artikel 1 unserer Verfassung wird die Grundlage für unser gesamtes Verständnis der Menschen- und Bürgerrechte gelegt. Eben dieser Artikel 1 beschreibt den Menschen als das Unverfügbare: Die Würde eines Menschen ist unantastbar, also nicht abstimmbare. Damit führt das Grundgesetz einen Begriff ein, der den Bezug zum Absoluten

in den Mittelpunkt des politischen Alltags rückt. Die Art und Weise aber, wie ein Mensch sich selbst in eine Beziehung zum Absoluten setzt, ist nichts anderes als der Kern seines religiösen Bekenntnisses. Also geht es im Gespräch mit Muslimen nicht um das religiöse Bekenntnis an sich, sondern um die Art und Weise, wie sich ein Gemeinwesen im Blick auf die politischen und sozialen Bezüge, in denen Menschen leben, selbst in ein Verhältnis zum Absoluten setzt. Das ist die Kernfrage, um die es in dem hier eingeforderten Gespräch zwischen Christen und Muslimen gehen muss.

**V**on der Beantwortung dieser Frage hängen alle Regeln ab, die im Mittelpunkt einer Verfassung stehen. In besonderer Weise betrifft es den Bereich, der beispielsweise nach unserer deutschen Verfassung nicht abstimmbare ist, also der umfangreiche Schutz der Grundrechte eines Menschen. Ihr Sinn und ihre Bedeutung erschließt sich nur in Verbindung mit dem in Artikel 1 beschriebenen Menschenbild. Deshalb sind es eben oft zwei ganz verschiedene Verständnisweisen, die aufeinander prallen, wenn zwei Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen wortgleich über Meinungsfreiheit, Minderheitenschutz oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau sprechen.

Wir missverstehen die Herausforderung, die der Islam für uns darstellt, wenn wir zulassen, dass in geschützten Räumen, hinter der Fassade verfassungstreuer Beteuerungen und in fremder Sprache ein

Menschenbild verbreitet wird, das dem unserer Verfassung in entscheidenden Punkten zuwiderläuft. Auf diese Weise lässt sich nämlich nicht feststellen, ob eine scheinbar im Gespräch erreichte Übereinstimmung ernst gemeint ist und wirklich gewollt wird – oder ob sie nur der vordergründigen Befriedung unserer Erwartungen dient. Es gibt in Deutschland eine Bereitschaft zur Integration dem Schein nach: wenn beispielsweise Mädchen von heute auf morgen dem Unterricht fernbleiben und die Schulaufsicht feststellt, dass sie in die Türkei verbracht wurden, um dann später, nach einer erzwungenen Heirat, wieder nach Deutschland zurück zu kommen. Im übrigen macht es das Gespräch schrecklich schwierig, wenn beispielsweise der Vorhalt, eine Hochzeit erzwungen zu haben, empört zurückgewiesen wird mit dem Hinweis, die Braut habe selbstverständlich freiwillig dieser Heirat zugestimmt. Natürlich gibt es in einer Vielzahl von Fällen der Form nach diese Zustimmung. Aber der Begriff der Freiwilligkeit, der hier eine entscheidende Rolle spielt, unterscheidet sich der Bedeutung nach grundlegend von unserem Sinnverständnis.

Zur Integration gibt es für den, der auf Dauer in einem fremden Land und einer befremdlichen Kultur Fuß fassen und Heimat finden will, keine wirkliche Alternative. Dieses Ziel aber setzt

nicht Säkularisierung voraus – und verlangt schon gar nicht, sich der in Europa so verbreiteten Weltanschauung grenzenloser Beliebigkeit anzupassen. Gleichwohl ist es an die Bedingung geknüpft, ein Menschenbild mit Herz und Verstand anzunehmen, wie es im Artikel 1 unserer Verfassung aufleuchtet. Das jedoch heißt für viele Muslime, sich von dem zu trennen, was wichtiger und selbstverständlicher Teil der eigenen religiösen Erziehung und sozialen Lebenswelt ist. Diese Forderung macht es verständlicherweise vielen so schwer, Integration zu wollen – oder auch nur dort zuzulassen, wo man sie bei den eigenen Kindern und Kindeskindern beobachtet. Denn der Preis der Integration ist hoch.

**I**ntegration ist für viele der Orthopraxie verpflichteten Muslime eine schmerzliche Entwicklung – eine Entwicklung zudem, die mit manchmal tiefgreifenden Gewissenskonflikten verbunden ist. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, Menschen zu helfen, in unserer Welt anzukommen – nicht in der Welt des Agnostizismus und des Relativismus, sondern in einer Welt, die an der Schnittstelle zwischen Religion und Politik ein Menschenbild beschreibt, das seinen Dreh- und Angelpunkt im europäischen Begriff von der unantastbaren Würde ausnahmslos jeder Person findet.

Wer zu dieser Hilfe bereit ist, wird jedem Versuch des Islamismus im Ansatz nicht nur widersprechen, sondern sich ihm mit Nachdruck widersetzen müssen. Denn die vom Islamismus gepredigte völlige Vereinnahmung des Menschen widerspricht dem europäischen Begriff seiner unverletzlichen Würde auf ganzer Linie. Der Islamismus predigt einen eschatologisch bestimmten politischen Dezisionismus, wie er in der Vergangenheit vereinzelt auch christlichen Sekten geläufig war. Die europäische Antwort auf diese Verirrung ist nicht von heute auf morgen erfolgt. Deshalb sind vielleicht ausdauernde Geduld, ein langer Atem und ein klares Bekenntnis zur Menschenwürde die wichtigsten Voraussetzungen für ein am Ende fruchtbringendes Gespräch, das allein die Aussicht auf ein friedliches Zusammenleben begründen kann.

*| Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 15. Juni 2007 im Rahmen der 44. Bundestagung des EAK der CDU/CSU in Potsdam gehalten hat.*



**Dr. Christoph Böhr** ist Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtages und war langjähriger Vorsitzender der Wertekommission der CDU Deutschlands.

## In christlicher Verantwortung



### **Der ev.-luth. Pastor und Privatgelehrte Gottfried Mehnert wird 80 Jahre alt.**

Mit dieser Festschrift wollen ihn Freunde und Weggefährten ehren und feiern. Es sind eigens hierfür verfasste Beiträge aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionsbereichen: aus Theologie, Religion und Kirche; aus Politik und Kultur. Sie spiegeln den Facettenreichtum der Themen wider, die Gottfried Mehnert am Herzen liegen – die Bandbreite seiner vielfältigen akademischen und praktischen Interessen.

Über diesen persönlichen Bezug hinaus sind es Themen und Fragestellungen von allgemeinem Interesse, die vor allem zum Nachdenken darüber inspirieren, was es bedeutet, in Kirche, Staat und Gesellschaft Verantwortung vor Gott und den Menschen zu übernehmen – nämlich, „Christ zu sein, in diesem Land“.

Mit Beiträgen u.a. von: Thomas Rachel, Wolfgang Beinert, Wolfgang Bergsdorf, Hans Christian Knuth, Hans Peter Mensing, Ursula Spuler-Stegemann

Friedrich Bohl (Hg.)

#### **Christ in diesem Land**

Festschrift für Gottfried Mehnert zum 80. Geburtstag

In Zusammenarbeit mit Monika von Hassel

244 Seiten, Hardcover, € 22,00

ISBN 978-3-7859-0975-1

**Das Buch können Sie direkt über den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU bestellen!**

**Christlicher Medien-Versand-Service:**  
www.bibli.com oder Telefon (05 11) 12 41-739



Lutherisches Verlagshaus GmbH | Postfach 3849 | 30038 Hannover



Stefan Luft:  
**Abschied von Multikulti –  
 Wege aus der Integrationskrise**  
 Resch-Verlag, Gräfelting 2006  
 ISBN 13: 978-3-935197-46-5/  
 ISBN-10: 3-935197-46-2  
 480 Seiten, 19,90 EUR

Ohne falsche ideologische Scheuklappen widmet sich der Bremer Politikwissenschaftler ausführlich, differenziert und zugleich mit hoher Fachkenntnis der Geschichte der gescheiterten politischen und gesellschaftlichen Integrationsbemühungen der letzten vier Jahrzehnte in der Bundesrepublik Deutschland. Der Autor beleuchtet schonungslos Ursachen, Zusammenhänge und Problemlagen unserer heutigen Integrationsmisere, versucht jedoch auch, Lösungsperspektiven aufzuzeigen. Am Ende zieht er das Fazit: „Der demokratische Rechtsstaat muss sich nicht aufgeben, wenn er wirkungsvoll gegen die Parallelgesellschaften, die damit verbundenen Verletzungen der Menschenwürde, die kriminellen Strukturen und die hohen sozialen Kosten vorgehen will. Es gibt keinen Grund zu Resignation oder gar zur Kapitulation. Der Auseinandersetzung um die Regeln des Zusammenlebens kann allerdings nicht ausgewichen werden. Was wir brauchen, ist schlüssiges Handeln, dem ein solides Selbstbewusstsein zugrunde liegt.“

Empfehlung ★★★★★



Peter Walker: **Jesus und seine Welt**,  
 Stephen Tomkins: **Paulus und seine Welt**,  
 A. Knowless/P. Penkett: **Augustinus und seine Welt**,  
 Graham Tomlin: **Luther und seine Welt**  
 Herder Verlag Freiburg/Basel/Wien 2007  
 ISBN 978-3-451-29267-5 (Jesus), 978-3-451-29268-2 (Paulus),  
 978-3-451-29266-8 (Augustinus), 978-3-451-29269-9 (Luther)  
 Je ca. 190 Seiten, 16,90 EUR

Reich bebilderte und vorzüglich eingerichtete Einführungen in das Leben, das geschichtliche Umfeld und die Gedankenwelt bedeutender Gestalten des Christentums bzw. der Kirchengeschichte. Allgemein verständlich geschrieben und dennoch auf dem neuesten Stand der Forschung bietet diese neue Buchreihe sowohl dem interessierten Laien als auch dem bereits Kundigen ein wunderbar inspirierendes Leseerlebnis. Es handelt sich hierbei um populärwissenschaftliche Beiträge auf höchstem Niveau, die wohl im bisweilen fast aussichtslos erscheinenden „Kampf“ gegen den permanenten Verfall theologisch-historischen und kulturellen Basiswissens als publizistisch vorbildlich angesehen werden können.

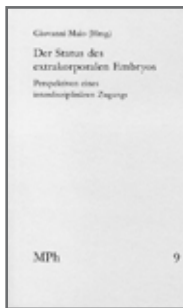
Empfehlung ★★★★★



Wolfgang Huber:  
**Positionen beziehen –  
 Das Ende der Beliebigkeit**  
 Johannis-Verlag, Lahr/Schwarzwald 2007  
 ISBN 978-3-501-05183-2  
 144 Seiten, 9,95 EUR

Dieses Büchlein versammelt zahlreiche, nach und nach im Berliner Boulevard-Blatt „B.Z.“ erschienene Kolumnen von Bischof Wolfgang Huber zu den verschiedensten gesellschafts-politischen, sozialen und kirchlichen Themen. Das Spektrum reicht von „Babyklappe“, „Spätabtreibungen“ und „Koma-Saufen“ bis hin zu „Sterbehilfe“, „Hatun Sürücü“ und „Moscheebauten“. Huber bestätigt als hellwacher, kirchlicher Kommentator des Zeitgeschehens sozusagen en passant die Wahrheit, dass auch in guter Theologie und Verkündigung die Würze in der Kürze liegt.

Empfehlung ★★★★★



Giovanni Maio (Hrsg.):  
**Der Status des extrakorporalen Embryos –  
 Perspektiven eines  
 interdisziplinären Zugangs**  
 frommann-holzboog,  
 Stuttgart-Bad Cannstatt 2007  
 ISBN 978-3-7728-2425-8  
 745 Seiten, 98,00 EUR

Dieser Band versammelt die interdisziplinären Beiträge des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten gleichnamigen Verbundprojektes, an dem elf Disziplinen der Universitäten und Max-Planck-Institute in Freiburg i.Br., Tübingen und Heidelberg mitgewirkt haben. Ausgangspunkt der Vielzahl der unterschiedlichsten Zugänge und Einzelbeiträge zum Thema ist die Grundannahme, dass die ethisch und politisch gleichermaßen virulente Frage, wie mit extrakorporalen Embryonen umgegangen werden soll, nicht zu trennen ist von der hinreichenden Verständigung darüber, welchen Status extrakorporale Embryonen haben und in der Erkenntnis gründet, dass „in Umgangsentscheidungen stets implizit Annahmen über den Status eingehen“. Anhand einer einheitlichen Projektkriteriologie („Extrakorporalität“, „Entstehungsart“, „Intentionalität“, Art-spezifität“ und „Potentialität“) wird das ganze Ausmaß der differierenden Positionen und Beurteilungsansätze in der derzeitigen wissenschaftlichen Diskussion deutlich. Ein besonderer theologischer Höhepunkt am Ende stellt der Aufsatz von Klaus Tanner „Umgang mit Dissens“ (S.703-718) dar, der gerade angesichts der z. T. hoch emotionalisiert geführten, bioethischen Diskussionslage auf behutsame und differenzierte Weise mahnt: „Ethik‘ beginnt nicht erst auf der Ebene der Normsetzung, sondern auf der Ebene des Ringens um die adäquate Beschreibung.“ Eine profunde Veröffentlichung, bei der man allerdings nicht auf den Preis schauen darf.

Empfehlung ★★★★★



v. links: Prof. Dr. Müller-Busch, Prof. Dr. Wilfried Härle, Thomas Rachel, Wolfgang Bosbach, Wolfgang Zöllner

## 16. Berliner Theologisches Gespräch des EAK der CDU/CSU

„Herausforderung Patientenverfügung – Welche rechtlichen Regelungen brauchen wir?“

*Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion zum Thema „Patientenverfügung“, mit der sich auch der Deutsche Bundestag befasst, lud der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) im Rahmen seines 16. Berliner Theologischen Gesprächs (BTG) zu einer Podiumsdiskussion in das Foyer des Konrad-Adenauer-Hauses ein.*

**W**ie wollen wir sterben? Wie kann eine rechtliche Regelung der letzten Lebensphase eines Menschen gestaltet werden? Wie weit kann der Gesetzgeber hier eingreifen? Und welche Rolle können die nächsten Angehörigen spielen? Dies waren nur einige der Fragen, die die Diskutanten und Gäste an jenem Abend im Konrad-Adenauer-Haus bewegten. Einleitend stellte der

EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel fest, dass es wichtig sei, über dieses schwierige Thema sowohl überfraktionell als auch innerparteilich zu sprechen, da für die allermeisten Menschen in unserem Land der Wunsch nach einem würdigen, den persönlichen Wertvorstellungen und Wünschen entsprechendes Sterben von zentraler Bedeutung sei. Als integrative Klammer zwischen CDU und CSU werde der Evangelische Arbeitskreis deshalb so intensiv darum, dass eine offene und differenzierte Diskussion zu diesem Thema geführt werde, damit eine ethisch verantwortliche Regelung in diesem Bereich gefunden werden könne. „Es ist uns allen klar, dass jedes menschliche Sterben im Grunde einzigartig ist, für uns Christen im Deutschen Bundestag auch deshalb, weil für uns jeder einzelne Mensch

einzigartig vor Gott ist.“ Auch wenn aus diesem Bewusstsein heraus die Einsicht erwachse, dass nicht alles gesetzlich geregelt werden könne, sei es jedoch dringend notwendig, an diesem Punkt Rechtssicherheit für Patienten, Angehörige und Ärzte zu schaffen, so Thomas Rachel.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, legte dar, dass eine rechtliche Regelung in dieser Angelegenheit schon allein aus Respekt vor den Betroffenen – Patienten, Angehörigen und Ärzten – notwendig sei. Inhaltlich sprach sich Wolfgang Bosbach ganz klar für eine Reichweitenbegrenzung aus. Dies bedeutet, dass die Verfügung über den Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen verbindlich nur bei irreversibel zum Tode verlaufenden Krankheiten gelte, wenn der

Sterbeprozess also bereits eingesetzt hat. Mit großer Sorge äußerte er die Befürchtung, dass irgendwann die Frage entstehen könnte, ob sich bei einem kostenintensiven medizinischen Krankheits- oder Pflegefall die Behandlung überhaupt noch lohne. Aus christlichem Verständnis heraus sei aber jedes Leben gleichermaßen schützens- und erhaltenswert, so dass das Kriterium der Kosten hier in keinem Fall eine Rolle spielen dürfe. **Um die Diskussion hier möglichst gar nicht erst aufkommen zu lassen, sei die Reichweitenbegrenzung mit entscheidend, die nicht eine Entmündigung, sondern eine Stärkung des Patientenwillens bedeute.**

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Zöller, wies darauf hin, dass aus seiner Sicht eine Patientenverfügung nicht unbedingt schriftlich abgefasst sein müsse. Wichtig sei, dass der Patient gut und richtig beraten werde, dann sei es auch ausreichend, wenn er seinen Willen mündlich äußere.

Aus ärztlicher und palliativmedizinischer Sicht bezog der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, Professor Dr. Christof Müller-Busch, Stellung zum Thema: Er plädierte für eine schriftliche Form, da sie für die behandelnden Ärzte eine bessere Absicherung bedeute. In Anbetracht der Tatsache, dass

das Sterben in modernen Gesellschaften nicht nur mit dem biologischen Tod, sondern auch mit einem sozialen Sterben einhergehe, warb er für eine intensive Begleitung der betroffenen Menschen am Lebensende.

Professor Dr. Wilfried Härle, Systematischer Theologe an der Universität Hei-



delberg und Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) äußerte, dass die Lösung nicht in einer übergebührlichen Verrechtlichung dieses sensiblen Bereiches bestehe, sondern in

einem ärztlichen Ethos, das die rechte Mitte zwischen eigenmächtiger Lebensverkürzung und Lebensverlängerung einhält. Hier sei man jedoch auf einem guten Weg. Die Frage, ob man Patientenverfügungen brauche, beantwortete er mit einem klaren Ja, denn sie seien eine wichtige Hilfe bei der Entscheidungsfindung und vor allem ein sinnvoller Anlass, rechtzeitig über das nachzudenken und miteinander zu sprechen, was wir für unser eigenes Sterben aus unserer heutigen Sicht wünschen. Ein Grundimpuls des christlichen Glaubens für unsere Gesellschaft könnte darin bestehen, dass Ärzte und Patienten die Weisheit besitzen zu erkennen, wann die Stunde gekommen ist, wo es gilt, die Hände sinken zu lassen und zu begleiten, bis das Sterben kommt. Wer so sterbe, sterbe wohl, so Professor Härle.

Die Diskussion zeigte, dass es über diesen Abend hinaus wichtig ist, grundsätzliche Fragen des Lebensschutzes intensiv miteinander zu erörtern, da diese für die Zukunft unserer Gesellschaft wegweisend sind und insbesondere die positive Resonanz auf diesen Abend auch zeigte, dass die Menschen hier Gesprächsbedarf haben.

Für die mehr als 300 Teilnehmer der Veranstaltung war es ein interessanter Abend, der traditionell mit einem Empfang ausklang.

## 21. Parteitag der CDU Deutschlands 2. – 4. Dezember 2007 in Hannover



Der EAK der CDU/CSU lädt herzlich zu seinem diesjährigen Delegiertentreffen ein:

**Sonntag, 2. Dezember 2007, 18.00 – 19.00 Uhr,**  
Hannover Congress Centrum, Bonatz Saal,  
Theodor-Heuss-Platz 1-3, 30175 Hannover.

Der EAK ist zudem am **3. und 4. Dezember 2007** mit einem **Informationstand** im Rahmen des 21. CDU-Parteitages auf der Messe Hannover, Messehalle13, vertreten.



Online Publikation des EAK der CDU/CSU  
„Grundsätze für Deutschland“:

Lesen Sie die **Beiträge der EAK-Grundsatzprogrammkommission**, die begleitend zur Diskussion um das neue CDU-Grundsatzprogramm erschienen sind, zusammen mit den **Änderungsanträgen** des EAK der CDU/CSU an den 21. CDU-Parteitag in der Online-Publikation unter [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de) / Rubrik „Download“.







v. links: Dr. Peter Luther, Georg Kardinal Sterzinsky, Prof. Wolfgang Böhmer, Friedbert Pflüger.



Bild oben: Bischof Dr. Wolfgang Huber und Friedbert Pflüger. Bild unten: Thomas Rachel im Gespräch mit Bischof Dr. Wolfgang Huber.

## „Aktionsbündnis für Wahlpflichtfach Religionsunterricht“

**A**uf einer Klausurtagung der Berliner CDU-Fraktion Anfang September haben die Abgeordneten mit den Repräsentanten der konfessionellen Kirchen in Berlin ein Aktionsbündnis für ein Wahlpflichtfach Religionsunterricht an den Berliner Schulen vereinbart. **Friedbert Pflüger**, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin: „Wir wollen als Partei, die dem christlichen Menschenbild folgt, das Gespräch mit den Kirchen in einer Zeit vertiefen, in der Menschen Halt suchen, in der Menschen nach Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit suchen, in der Reformen und Umwälzungen viele Menschen verunsichern. Wir wollen Religionsfreiheit. Aber Religionsfreiheit bedeutet ebenso Freiheit von Religion wie auch Freiheit zur Religion. Deshalb muss der rot-rote Senat schnellstens den auf die freiwilligen Nachmittagsstunden verdrängten Religionsunterricht wieder als Wahlpflichtfach gleichberechtigt in den Stundenplan integrieren.“ Das vom Berliner SPD-Linken-Senat an den Schulen etablierte Pflichtfach Ethikunterricht sei nicht geeignet, die Wertevermittlung zu gewährleisten, die junge Menschen brauchen, um ihren eigenen Standpunkt und Lebensziele zu definieren.

**Bischof Dr. Wolfgang Huber**, Vorsitzender der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und EKD-Präsident, sowie **Georg Kardinal Sterzinsky**, Bischof von Berlin, waren sich in dem Gespräch mit den CDU-Abgeordneten einig, dass alles dafür getan werden müsse, dem „allgemeinen Beliebigkeitstrend in der Gesellschaft“ entgegenzusteuern. Deshalb wolle man die **Berliner Bürgerinitiative „Pro Reli“** ([www.pro-reli.de](http://www.pro-reli.de)) mit einem Aktionsbündnis unterstützen. Pflüger: „Wir wollen gemeinsam für das kommende Volksbegehren zur Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion werben. Gerade in einer vielfältigen, bunten Großstadt wie Berlin mit unterschiedlichen Kulturen, Nationen und Lebensstilen muss Werterelativismus, ethischem Allerweltsbrei und Orientierungslosigkeit entgegen gesetzt werden. Wir wollen ein tolerantes, kein beliebiges Berlin.“

Pflüger bezog in die Diskussion das Thema Integration mit ein. „Alle reden davon. Das ist gut, aber Integration wohin? In was hinein? Ja. Es ist besser, wir bilden aufgeklärte islamische Religionslehrer aus, als dass in Hinterzimmern der Koranschulen extremistische Parolen gelehrt

werden. Auch das ist ein Grund, warum wir vehement für ein Wahlpflichtfach Religion streiten. Wir wollen, dass neben Christen und Juden auch Muslime die Möglichkeit zu einem Religionsunterricht unter staatlichen Rahmenbedingungen haben.“

Die Tagung fand im sachsen-anhaltinischen Drohndorf bei Aschersleben statt, wo die Familie des Berliner CDU-Abgeordneten **Dr. Peter Luther** noch heute den „Luther-Hof“, bewohnt. Peter Luther ist ein Nachfahre des Bruders Martin Luthers, Jakob Luther. Der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, **Prof. Wolfgang Böhmer**, der die Tagung mit einem Grußwort eröffnete, zeigte sich nach einem Rundgang über den Hof beeindruckt. In seinem Grußwort dankte er der Familie Luther für die wunderbare Restaurierung des Hofes in den vergangenen Jahren.

In der benachbarten Dorfkirche hielten Kardinal Sterzinsky und Bischof Huber jeweils vor Beginn der Gespräche eindrucksvolle Gottesdienste.

Am Ende war man sich einig: Eine gelungene Begegnung – das beste Gespräch zwischen CDU und Kirchen seit langem!

## Wolfgang Bosbach zu Gast beim EAK Karlsruhe-Land



Der EAK Karlsruhe-Land gemeinsam mit Wolfgang Bosbach

**D**er Evangelische Arbeitskreis im Landkreis Karlsruhe beschäftigt sich schon länger mit der Frage nach dem Verhältnis von Christen und Muslimen, vor allem unter dem Aspekt der Veränderungen nach dem 11. September 2001. Wie können wir als Christen, wie kann unser demokratischer Staat fair mit unseren muslimischen Mitbürgern umgehen ohne dabei die Gefahr des islamistischen Terrors zu verharmlosen oder gar zu ignorieren?

**Wolfgang Bosbach**, stellvertretender Vorsitzender der CDU-/CSU-Bundesfraktion und erfahrener Innenpolitiker, war auf unsere Anfrage hin bereit, in einer

gemeinsamen Veranstaltung von EAK und CDU im Landkreis Karlsruhe die Position der Bundesregierung zum Thema Islam und Islamismus zu erläutern.

**Jochen Fürniß**, Kreisvorsitzender des EAK, begrüßte die rund 300 Anwesenden, darunter Innenminister **Heribert Rech MdL**, den Europaabgeordneten **Daniel Caspary MdEP**, den Bundestagsabgeordneten **Axel Fischer MdB** sowie den Landtagsabgeordneten **Joachim Kößler MdL** und führte anschließend in das Thema ein.

In seiner Rede betonte Wolfgang Bosbach, dass Deutschland sehr wohl ein Einwanderungsland sei. Er spannte

einen Bogen von den Zuwanderern, die bereits im 19. Jahrhundert nach Deutschland kamen, wie z.B. polnische Bergleute, über Menschen aus Italien, Spanien, Portugal und Griechenland sowie später aus der Türkei bis zu den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Viele von ihnen und ihren Nachkommen leben noch heute in Deutschland, und zwar auch deshalb, weil sie sich hier integriert haben und sich in unserem Staat wohl und sicher fühlen. Mit dem Erstarken des Islamismus und besonders seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat sich die Situation gravierend geändert. Wolfgang Bosbach führte aus, dass man zwischen dem islamischen Glauben und dem politischen Islamismus unterscheiden müsse. Einer der Hauptaspekte seines Vortrages war, dass niemand in unserem Land seine kulturellen Wurzeln kappen oder seine Herkunft verleugnen, aber jeder, der hier leben wolle, unsere Rechtsordnung akzeptieren müsse.

Alle, die das nicht wollten, müssten durch alle rechtlich zulässigen Mittel daran gehindert werden, terroristische Aktionen zu planen und durchzuführen.

Nach einer interessanten Diskussion bedankten sich der CDU-Kreisvorsitzende **Josef Offele**, **Axel Fischer** und der EAK-Kreisvorsitzende **Jochen Fürniß** herzlich bei Herrn Bosbach für seine interessanten Ausführungen mit einem Präsent.

## EAK in Heilbronn gegründet

**K**ürzlich hat sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Heilbronn gegründet. Initiatorin und neue Vorsitzende ist die Neckarsulmer Studienreferendarin **Claudia Hanak**, die an der Andreas-Schneider-Schule in Heilbronn-Böckingen die Fächer BWL und Religionslehre unterrichtet. „Das

christliche Menschenbild soll bei uns im Mittelpunkt stehen und das Fundament unserer Arbeit sein, insbesondere in den Bereichen Lebensschutz, Ehe & Familie, Integration und schulisch-kirchlicher Dialog. Hierbei wollen wir sowohl inhaltlich, als auch in der praktischen Arbeit vor Ort tätig werden und den

intensiven Kontakt zu den einzelnen betreffenden Institutionen suchen“, so Hanak. Ihr zur Seite stehen als Stellvertretender Vorsitzender Pfarrer **Albrecht Trumpp**, der sich gerade in theologischen Fragen verstärkt einbringen möchte, sowie **Michael Fausel** (Presse) und **Pia Krämer** (Schriftführerin). Als Beisitzer



Hans-Michael Bender (3. v. links) und Claudia Hanak (4. v. links) mit dem neu gewählten EAK-Kreisvorstand Heilbronn

wurden gewählt: Hans Dahmke, Günter Erfle, Annegret Geiger, Kevin Pukat, Hans Schneider, Christian Schuster, Markus Schuster und Bernd Sommer. Der Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende, Hans-Michael

Bender, lobte das Engagement der neuen Vorsitzenden und wünscht ihr und ihrem Vorstand einen erfolgreichen Start, vom christlichen Menschenbild getragene Arbeit und hierzu vor allem Gottes Segen.

## Impressum

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

**Herausgeber** Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

**Redaktion** Melanie Liebscher, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

**Konto** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,  
Konto-Nr. 266 098 300

### Autoren

• Dr. Norbert Lammert MdB  
Präsident des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

• Dr. Christoph Böhr MdB  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Kaiser-Friedrich-Straße 3  
55116 Mainz

**Druck** Druckerei Conrad

### Gestaltungskonzeption/Realisation

Agentur kollundkollegen., Berlin

**Fotonachweis** Titelseite, S. 3, 4/5, 7, 8, 10, 15, 16:  
Joachim Wolf; S. 9: CDU;  
S. 12: © Claus Mikosch – Fotolia

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100 % chlorfrei

## Pressemitteilung vom 24.10.2007

### EKD liefert wichtigen Beitrag zur Friedensdiskussion

**Anlässlich der heute in Berlin vorgestellten, neuen Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:**

„Verlässliche friedensethische Orientierung in einer oft leider durch Kriege, Terror und Gewalt geprägten und zerrissenen Welt ist heutzutage mehr denn je nötig. Es ist darum sehr zu begrüßen, dass der Rat der EKD nach der dramatischen Zäsur des 11. September 2001 und den vielen neuen friedenspolitischen Herausforderungen und Gefährdungen der letzten Jahre nun einen neuen, grundlegenden Beitrag leistet. „Aus Gottes Frieden leben“ bietet wesentliche Impulse, die notwendige friedensethische und friedenspolitische Diskussion in unserem Land voranzubringen, zu intensivieren und zu vertiefen.

Ein besonderes Verdienst dieser neuen Friedensdenkschrift ist, dass sie auf der Basis des biblisch motivierten Leitbildes vom „gerechten Frieden“ zentrale friedensethische Kriterien erneut ins Bewusstsein ruft. Damit kann deutlich werden, woran sich auch eine vor dem christlichen Menschenbild verantwortete Friedenspolitik messen lassen muss. Der Rat der EKD fordert in diesem Zusammenhang mit Recht ein neues Verständnis einer umfassenden, internationalen Friedensbemühung, die beispielsweise die Dimensionen transnationaler sozialer Gerechtigkeit sowie der Sicherung von Menschenrechtstandards mit einbezieht. Mit der EKD ist darüber hinaus zu unterstreichen: Im Mittelpunkt christlicher Friedensverantwortung müssen auch stets die Grenzen eines möglicherweise unvermeidbaren, rechtserhaltenden militärischen Gewaltgebrauchs hinreichend bedacht werden. Zur Fortentwicklung und Stärkung einer international verbindlichen und durchsetzbaren Friedens- und Rechtsordnung gibt es zudem in ethischer Hinsicht keine wirklich tragfähige politische Alternative.

Die neue EKD-Friedensdenkschrift behandelt insgesamt so viele differenzierte und komplexe Fragestellungen und Probleme, dass eine angemessene kritische Würdigung auch einzelner Punkte aus politischer Sicht nur im Prozess der weiteren gemeinsamen Diskussion sinnvoll ist. Der EAK ist zu dieser friedenspolitischen Diskussion bereit und dankt der EKD für Ihren wichtigen Beitrag.“



*„Die auf den Herrn harren, kriegen neue Kraft,  
dass sie auffahren mit Flügeln wie Adler,  
dass sie laufen und nicht matt werden,  
dass sie wandeln und nicht müde werden.“ (Jes. 40,31)*

Es gehört zu den tückischen Versuchungen so mancher Ab- und Irrwege, dass man sie für heilvoll und nützlich erachtet. Wer kennt heutzutage etwa nicht den Slogan: „Lebe *dein* Leben!“ – Gerade unsere heutige Zeit ist voll von falschen Versprechungen des Lebens. Doch Leben im Voll-sinn des Wortes bedeutet gerade nicht die völlige Plan- und Manipulierbarkeit all dessen, was mir widerfährt durch mich selbst. Noch viel weniger geht es darum, möglichst bequem, leid- bzw. sorglos dahinzuleben, gleichsam ohne größere Probleme und Konflikte. Wahres Leben meint überhaupt nicht in erster Linie die Zentriertheit um mein eigenes Selbst, sondern dieses, mein Selbst, so fragmentarisch und unabgeschlossen es immer sein wird, muss sich öffnen zum anderen hin, damit es überhaupt sein kann.

Der Maßstab aber aus dem der Christenmensch Trost und Zuspruch, Zuversicht und Stärkung und wahres Leben empfangen soll, ist das Wort des lebendigen Gottes, der uns allein die lebensförderlichen Wege aus unserer Selbstzentriertheit aufzeigen kann. Nicht die Intensität, mit der die heutige Erlebnis- und Spaßgesellschaft dem vermeintlichen Leben nachjagt, sondern die Kraft der fürsorglichen Liebe Gottes schafft Stärkung, Zuversicht und Erneuerung.

**Christian Meißner**

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

